Deutscher Bundestag

16. Wahlperiode 20. 06. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Behm, Undine Kurth (Quedlinburg), Ulrike Höfken, Bärbel Höhn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/5413 –

Dem Verlust an Agrobiodiversität entgegenwirken

A. Problem

Die biologische Vielfalt im Bereich der Landbewirtschaftung (Agrobiodiversität) ist weltweit gefährdet. Von ehemals 7 000 Kulturpflanzenarten bilden heute nur noch zehn die Basis für die Welternährung. Homogen gezüchtetes Saatgut, der hohe Einsatz von Mineraldüngern und chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln sind hierfür die Hauptgründe. Auch im Bereich der Nutztierzucht hat die Standardisierung zugenommen. Im Bereich der EU hat die Entkopplung der Agrardirektzahlungen neben vielen Vorteilen aber auch Anreize wegfallen lassen, um den Anbau bestimmter Eiweißpflanzen gezielt zu fördern und in bestimmten Gebieten zu einer Aufgabe der intensiven Tierhaltung geführt. Auch die allgemein erwartete Abschaffung der Flächenstilllegung wird zu einer Reduzierung der Ackerbegleitflora führen.

B. Lösung

Der Deutsche Bundestag wird unter anderem aufgefordert, einen Bericht über die bisher eingeleiteten Maßnahmen zum Erhalt der Agrobiodiversität vorzulegen und auf dieser Grundlage die Strategie zur Erhaltung der Biodiversität weiterzuentwickeln.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/5413 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/5413.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen, den Antrag auf Drucksache 16/5413 abzulehnen.

Berlin, den 13. Juni 2007

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ulrike Höfken
Vorsitzende

Dr. Max Lehmer
Berichterstatter

Dr. Gerhard Botz
Berichterstatter

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Max Lehmer, Dr. Gerhard Botz, Dr. Christel Happach-Kasan, Cornelia Behm und Dr. Kirsten Tackmann

1. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache** 16/5413 in seiner 100. Sitzung am 24. Mai 2007 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz federführend und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

2. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Sowohl im Bereich der Landbewirtschaftung als auch im Bereich der Nutztiere ist ein starker Rückgang der Vielfalt festzustellen. Die biologische Vielfalt ist jedoch bedeutsam für die Sicherheit der menschlichen Ernährung.

Von weltweit 7 000 Kulturpflanzenarten, die noch Ende des 19. Jahrhunderts angebaut worden sind, hat sich der Anbau für einen Großteil der Welternährung auf nunmehr zehn Kulturpflanzen konzentriert. Ursache für diesen Rückgang sind zum einen die zunehmende Intensivierung der Landwirtschaft, zum anderen die intensive Verwendung von Mineraldünger und chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln. Dadurch tritt die Standortangepasstheit von Sorten immer weiter in den Hintergrund und wird durch homogen gezüchtetes Saatgut verdrängt. Diese Abnahme der Agrobiodiversität wird durch den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft noch weiter beschleunigt.

Auch im Nutztierbereich hat die Industrialisierung der Tierproduktion zu einer zunehmenden Standardisierung der Tierrassen geführt. In den letzten 100 Jahren sind bereits 1000 von 6400 Nutztierrassen ausgestorben.

Diese Verengung auf wenige Pflanzensorten und Tierrassen hat zwar insgesamt hohe Erträge gebracht, die Reduzierung der genetischen Vielfalt gefährdet jedoch die Absicherung gegen Missernten, Schädlings- und Krankheitsanfälligkeit. Neben der im Rahmen der Entkopplung der Agrardirektzahlung der EU eingestellten Zahlung zum Anbau bestimmter erwünschter Feldfrüchte kann auch die zu erwartende Abschaffung von Flächenstilllegungen zu Schwierigkeiten für die Artenvielfalt führen, da die Stilllegungsflächen häufig als Brachflächen mit der typischen Ackerbegleitflora genutzt wurden.

Die ökologische Landwirtschaft bewahrt die Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren, unter anderem durch Nährstoff-, Schädlings- und Krankheitsmanagement, längere Fruchtfolgen und Abwechslung der Kulturpflanzen.

Der Anbau nachwachsender Rohstoffe birgt die Gefahr der Konzentration auf wenige ertragsstarke Kulturarten und Sorten. Um dies zu verhindern, sprechen sich die Antragsteller für ein verbindliches Zertifizierungssystem für nachhaltig produzierte Biomassen aus.

Die Bundesregierung wird unter anderem aufgefordert,

- bis Ende 2007 einen Bericht über den Umsetzungsstand und die Auswirkungen sowie die Erfolge der bisher eingeleiteten Maßnahmen zum Erhalt der Agrobiodiversität vorzulegen,
- darauf aufbauend die Strategie f
 ür die nachhaltige Nutzung der Agrobiodiversit
 ät weiterzuentwickeln und
- sich im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft und als Gastgeberin der 9. Vertragsstaatenkonferenz (CBD) während der Vorbereitungen und der Verhandlungen für den Erhalt und die nachhaltige Nutzung der Agrobiodiversität stärker einzusetzen.

3. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Vorlage auf Drucksache 16/5413 in seiner 40. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat die Vorlage auf Drucksache 16/5413 in seiner 38. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat die Vorlage auf Drucksache 16/5413 in seiner 39. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat die Vorlage auf Drucksache 16/5413 in seiner 35. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

4. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Vorlage auf Drucksache 16/5413 in seiner 48. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten.

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD führten aus, dass es Aufgabe der Landwirtschaft sei, Nahrungsmittel und Biomasse für die Gewinnung von Bioenergie bereitzustellen. Dem Antrag liege ein Bild der Landwirtschaft des 19. Jahrhunderts zugrunde. Aufgabe sei es heute, Qualität und Quantität der Lebensmittel sicherzustellen. So könne man z. B. die Biodiversität auf Weizenäckern nicht gewährleisten.

Es werde eingeräumt, dass Naturschutzgebiete unangetastet bleiben sollten. Des Weiteren wurde darauf verwiesen, dass bereits im Mai 2007 ein Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zu Maßnahmen gegen den Artenrückgang und das Artensterben vom Bundestag verabschiedet worden sei, der einen umfassenden Aktionsplan zur Erhaltung der Vielfalt beinhaltet habe. Danach sollte die Bundesregierung u. a. Leitbilder für den Erhalt der Vielfalt entwickeln, aussagekräftige Indikatoren definieren und über den Fortgang der Bemühungen informieren. Die Koalitionsfraktionen hätten von daher ihre Hausaufgaben gemacht.

Die Fraktion der FDP sprach sich für eine Biodiversität aus. Vorbild hierfür sei die Konvention für biologische Diversität (CBD). Die Umsetzung des heutigen Antrags trüge jedoch wenig dazu bei, da in Deutschland kein besorgniserregender Artenrückgang festzustellen sei. Man habe 130 Saatgutunternehmen, von daher könne von einer übermäßigen Konzentration bei den Saatgutanbietern auch keine Rede sein. Die Fraktion der FDP werde den Antrag deshalb ablehnen.

Die Fraktion DIE LINKE. erläuterte, die Vielfalt der Arten müsse erhalten bleiben. Sie sei ein wichtiges Depot für Rückgriffe, wenn ein Anpassungsbedarf bei Veränderungen, z. B. klimatischer Art, vorliege. Man spreche sich für eine Rücknahme von Flächenstilllegungen aus und sehe im Übrigen im Hunger eher ein Verteilungs- als ein Produktionsproblem. Man habe übrigens in der Antwort auf eine Kleine Anfrage zur Situation der Saatgutunternehmen die Antwort

erhalten, eine Konzentration dieser Unternehmen sei feststellbar.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde unterstützt.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erläuterte, die Intensivierung der Landwirtschaft könne einen Verlust an Diversität nicht rechtfertigen. Gleichwohl wolle man keine Landwirtschaft des 19. Jahrhunderts. Man müsse sich jedoch vor Augen halten, dass man 2008 Gastgeber einer CBD-Konferenz sei. Von daher habe man die Pflicht, die Biodiversität auch im eigenen Land zu bewahren und nach der Konvention auch die Verpflichtung, den Artenrückgang bis 2010 zu stoppen. Es sei eine Aufgabe der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gewesen, einen Plan für den Erhalt der Biodiversität zu unterbreiten. In bestimmten Situationen, z. B. des Klimawandels, brauche man den Rückgriff auf alte Sorten. Hierzu habe die Bundesregierung einen interessanten aber unzureichenden Plan vorgelegt. Zur Agrobiodiversität fordere man die Prüfung, ob die Modulation ab 2008 erhöht werden könne, eine verbesserte Förderung des Ökolandbaus und Maßnahmen zur Verringerung des Pestizideintrags. Dies decke sich in vielen Bereichen mit grünen Forderungen.

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 16/5413 abzulehnen.

Berlin, den 13. Juni 2007

Dr. Max Lehmer Berichterstatter

Dr. Gerhard Botz Berichterstatter

Cornelia Behm Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin Berichterstatterin

Dr. Christel Happach-Kasan Berichterstatterin